

Die „Volksmacht“  
erscheint täglich Nachmittag außer  
Sonntag und ist durch die  
Spezial- und Hauptposten, die  
durch die Post und  
durch Kolportage zu beziehen.  
Preis vierteljährlich M. 2.50,  
pro Woche 20 Pf.  
Postzeitungsliste Nr. 4174.

# Volksmacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon  
Nr. 451.

Telephon  
Nr. 451.

14. Jahrgang

Nr. 120.

Sonnabend, den 9. Juni 1903.

## Die sozialdemokratischen Reichstagskandidaten sind:

für Breslau-Ostkreis:  
Elschlermeister  
**Franz Kuhner-Berlin.**

für Breslau-Westkreis:  
Schiffhändler  
**Eduard Bornstein-Berlin.**

für Breslau (Land)-Bezirk:  
Stadterwerber  
**Oskar Schüb-Breslau.**

## Freiheit und Gleichheit.

für Freiheit und Gleichheit  
Entwermt die erste Fiedle,  
Mit Waffen des Geistes  
In freier Schrift und Rede.

Der Kopf dem auf Erden  
Die Herrschaft und die Rechte?  
Geboren wird jeder  
Nach wagt gleichem Rechte!

Freiheit für Wort und Schrift, Gleichberechtigung im Staat, Gleichheit vor dem Gesetz, gleiches Anrecht jedes Menschen auf Glück und Lebensfreude, das sind die vornehmsten Forderungen der sozialdemokratischen Partei.

Der Liberalismus sucht uns einzureden, daß diese Wünsche im Prinzip heute schon anerkannt seien. daß der freie Wettbewerb es heute schon jedem Menschen möglich macht, die Stufenleiter des wirtschaftlichen Wohlstandes zu erklimmen.

Welch grobe Täuschung! Der Eine kommt als Sohn des Begüterten zur Welt und hat vom ersten Lebenstage an die Fürsprache der Mächtigen, die Hilfe des Geldes — während der Andere sich unter unsäglichen Schwierigkeiten aus den Tiefen emporkämpfen versucht; der Eine bringt eine vornehme Schulbildung, viele Kenntnisse auf dem Lebensweg mit, weil seine Eltern reich waren, der Andere beginnt mit den ärmlichsten Waffen den Kampf ums Dasein und müht sich deshalb vergeblich, dem Bevorzugten gleichzukommen; der Körper des Proletariats wird schon in frühesten Jugend durch schlechte Ernährung, Wohnung, Kleidung geschwächt, indessen der Besitzende widerstandsfähig den „freien Wettbewerb der Kräfte“ beginnt.

Kraft, Fähigkeiten, Tüchtigkeit und Eifer kommen für das Fortkommen des Menschen heutzutage weniger in Betracht als Geburt, Besitz und Empfehlung durch einflussreiche Gönner. Millionen fleißige Proletarier mit den besten Gaben bringen es trotz regster Arbeit und unermüdlichem Eifer zu nichts, sie sinken so arm in die Grube als sie geboren wurden, während begüterte Dummköpfe und Faulpelze es oft mit spielender Leichtigkeit zu den einträglichsten Posten der bürgerlichen Gesellschaft bringen — einfach, weil der Vater und der Onkel den Weg bereitet haben.

Nicht Tüchtigkeit und Fleiß macht heute den Mann, sondern das Geld!

Wenn wir den „freien Wettbewerb“ der Gegenwart in einem Maße verherrlichen wollten, dann müßten wir uns einen Kampfplatz ausmalen, auf dem verschiedene Konkurrenten ein gleiches Ziel zu erreichen trachten. Aber die Ausstattung der Bewerber für diesen Konkurrenzkampf ist sehr verschieden. Der eine sitzt auf einem Automobil neuester Konstruktion, der andere auf einem leistungsfähigen Roß, der dritte bestiegt sein erprobtes Rad, während der vierte kein anderes Fortbewegungsmittel als seine gesunden kräftigen Glieder besitzt und der fünfte gar auf Krücken humpelt. Was nützt dem Lahmen sein intelligenter Kopf, was nützen dem anderen die kräftigen Glieder — der Kampf ist für sie ausichtslos. Diese beiden Figuren stellen das Proletariat dar im bürgerlichen Staat. Sie haben auch das Recht, mitzutreiben im „freien Wettbewerb“ der Kräfte, sie sind, wie

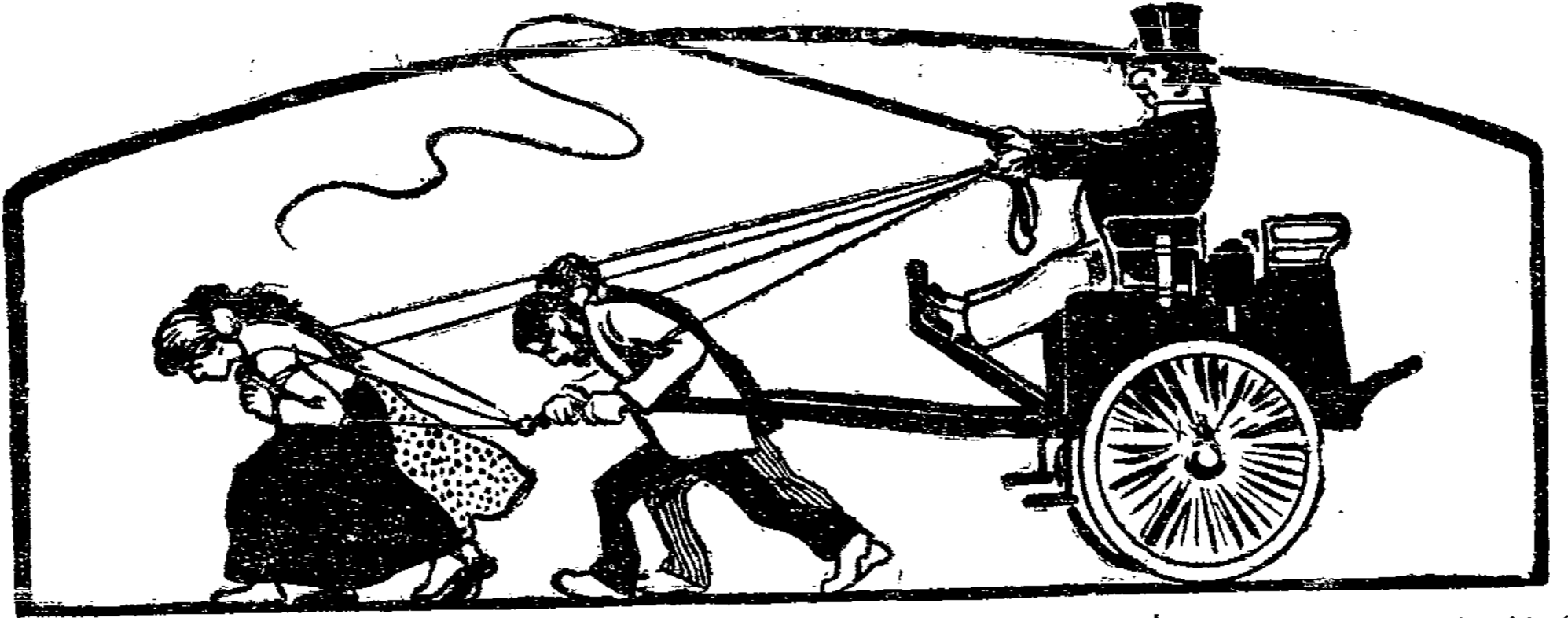
der Liberalismus sagt, absolut gleichberechtigt, aber da sie nicht die Mittel haben, sich in gleicher Weise mit Waffen für den Kampf ums Dasein auszustatten, müssen sie unterliegen.

Das ist die Gleichberechtigung, wie das liberale Manchesterium sie vertritt.

Der Sozialismus will durch die Beseitigung der ungleichen Reichtümer, durch die gleiche Volksschule für Arme und Reiche jeden Menschen in den Stand setzen, nach Fleiß und Fähigkeit seinen Lebensweg zu bestimmen, nicht durch den Geldsack des Vaters.

Und um solche Zustände allmählich herbeiführen zu können, verlangen wir in unserem Programm, daß alle ge-

setzte und noch andere staatsrechtliche und verfassungsmäßige Hilfsmittel, die dem Volke das Selbstbestimmungsrecht sichern können. Die Sozialdemokratie verlangt nach dem Vorbilde der Schweiz die direkte Gesetzgebung durch das Volk. Wünschen weite Volksteile die Einführung neuer gesetzlicher Bestimmungen oder die Abänderung alter, so sammeln sie zunächst eine genügende Menge von Unterschriften. Ueberschreitet die Zahl derselben eine gesetzlich vorgeschriebene Ziffer, dann ist die Regierung verpflichtet, dem Parlament einen entsprechenden Entwurf vorzulegen, der jedoch nach der ordnungsmäßigen Beratung durchs Parlament noch einmal dem Volke zur Abstimmung vorgelegt wird. So sind die Garantien geschaffen, daß kein Gesetz gegen den Willen der Majorität zu Stande kommt — wie bei uns der Polltarif — aber auch alle jene Forderungen Gesetz werden müssen, die die Mehrheit verlangt — etwa die Neueinteilung der Wahlkreise.



setzgebenden Körperschaften gewählt werden auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts von allen über 20 Jahre alten Personen beiderlei Geschlechts.

Was, was Menschenantlig trägt, soll ein gleiches Wahlrecht haben. Wir sehen keinen Grund ein, dieses Wahlrecht den Frauen zu entziehen, denen alle Gesetze in gleichem Maße gelten, die von der gleichen Strafe betroffen werden, wenn sie die Gesetze verletzen. Wir vermögen auch keinen stichhaltigen Grund zu erkennen, weshalb nicht der zwanzigjährige Mensch, der seinen Lebensunterhalt längst selber verdienen muß, der berufen ist, mit der Waffe in der Hand das Vaterland zu verteidigen, intelligent genug sein soll, sich den Mann seines Vertrauens in den Reichstag zu wählen. Wer jetzt am 17. Juni oder bald darauf 25 Jahre alt wird, muß bis zu seinem 30. Lebensjahre warten, ehe er das erste Mal sein Staatsbürgerrecht ausüben kann. Zahllose andere werden 28, 26, 27 Jahre, ehe ihr Wahlrecht zur Anwendung kommt. Wenn aber Prinzen befähigt sind, mit 18 Jahren den Thron zu besteigen und die Geschicke ganzer Völker zu lenken, dann dürfte ein gewöhnliches Menschenkind wohl auch befähigt sein, mit zwanzig Jahren einen Stimmzettel nach seinem Gutdünken abzugeben.

Eine gesetzgebende Körperschaft, die auf Grund dieses Wahlgesetzes an einem gesetzlichen Feiertage gewählt wäre und deren Grundlage außerdem eine gerechte Wahlkreis-einteilung bildete, eine solche Körperschaft würde nicht so leicht Gesetze beschließen, die dem Interesse der breiten Volksmassen zuwiderlaufen.

Staat jeder Bürger wieder sein Mitbestimmungsrecht. Auch Kriege werden nicht erklärt ohne den Beschluß der Volksvertretung und die Beamten wählt sich das Volk.

Alle diese Forderungen sind keine Utopien, keine Wahngedülbe. In anderen Ländern sind sie schon Wirklichkeit geworden, dort dieser, hier jener Plan. Aber erst wenn diese Forderungen durchgeführt sind, herrscht Freiheit und Gleichberechtigung mit den Menschen.

Heute wird ein Mensch vom anderen beherrscht, einer dient dem anderen, einer arbeitet für den anderen. Unser obenstehendes Bild hat die gegenwärtige Gesellschaftsordnung mit einigen Strichen derb, aber treffend gekennzeichnet. Wir Proletarier, Frauen und Männer, stehen den Gesellschaftsklassen durch tiefen Sand und Schmutz, oben auf ihm sitzen die Reichen und Mächtigen. Wenn es ihnen nur gelingt, das Volk richtig zu leiten, dann hat es keine Not, dann sind sie wohlgeborgen.

Dieser Zustand muß jedoch beseitigt werden. Alle Menschen solle freie, gleichberechtigte Brüder sein.

Wer für diese Freiheit und Gleichheit wirken will, der muß am 16. Juni seine Stimme einem Sozialdemokraten geben, der dem Dichterwort huldigt:

Wir weihen, was wir schmieden,  
Der Freiheit und dem Frieden.  
Nicht oben erst, hierleben  
Soll jeder glücklich sein.

**Politische Beobachtungen**

**Die Maschinenfrage aus der „Vorwärts-Druckerei“** Auf die in der ganzen bürgerlichen Presse abgedruckte Aufsätze über die Maschinenfrage in der Druckerei zu Berlin antwortet der „Vorwärts“:

1. Das zur Stunde ist von den Maschinenmeistern weder beim Arbeiter-Ausschuss, noch bei der Geschäftsleitung irgend ein Antrag oder eine Klage darüber erhoben worden, daß sie neben der mit Anlage-Apparat versehenen Maschine, noch „andere Maschinen“ bedienen müßten. Vielleicht geschah es schon aus Unwissenheit, weil dazu die Voraussetzungen fehlen, da für 5 Maschinen 6 Maschinenmeister und ein Lehrling engagiert sind. Nur ein Maschinenmeister hat neben der mit besonders großen Auflagen arbeitenden Maschine mit Bogenanlege-Apparat noch eine zweite Maschine zu bedienen, soweit die ihm zur Verfügung stehende Zeit das ermblickt. Ein zweiter hat für zwei kleine Arbeitsmaschinen einen Lehrling zur Hilfe.

2. Das Eintreten von Maschinenmeistern zur Arbeit auf zwei Tage ist zweimal erfolgt, als infolge eines dringenden Auftrages Nacharbeit notwendig wurde; da wurde für die eine Nacht arbeitenden Maschinenmeister eine Aufhülfe für zwei Tage nötig, ein Arbeiter 2 Tage, der andere 1 1/2 Tage, erhielt aber selbstverständlich dem Lohn für 2 Tage bezahlt.

3. Die Behauptung, daß die Löhne so tief wie möglich gedrückt würden, ist einfach bewusste Unwahrheit. Nicht ein einziger Arbeiter oder Maschinenmeister ist zu dem im Tarif ausbedungenen Minimallohn von 28.15 Mk. beschäftigt, alle haben höhere Löhne. Wie wenig die „Vorwärts“-Druckerei Anlaß hat, bezüglich der von ihr gezahlten Löhne sich zu schämen, zeigt nachstehende Zusammenstellung, wobei zu beachten ist, daß in der „Vorwärts“-Druckerei der Höchstlohn seit dem 1. März eingeführt ist, während der Tarif die neunzehnjährige Arbeitszeit bestimmt, daß in der „Vorwärts“-Druckerei jeder Arbeiter unter Fortbezug des Lohnes oder entsprechender Entschädigung für Arbeitslohn 8 Tage Ferien erhält etc.

In der Werkabteilung erhalten 17 Seper je 30 Mark, 5 je 21, 4 je 22 und 1 52.50 Mk. Im Maschinenaal: Je 1 Maschinenmeister 48 Mk., 40 Mk., 37.50 Mk., 38 Mk. und 2 je 32 Mk. Im Rotationsaal: ein Maschinenmeister 55 Mark, der zweite 51.50 Mk., ein dritter, ein vierter, anlehnender 36 Mk. — Vier Maschinenleger erhalten je 42 Mk. In der Stereotypie erhält der am Tage beschäftigte Stereotypen 40 Mk., von dem am Abend beschäftigten Stereotypen erhält einer 35 Mk., einer 45 und zwei andere je 42 Mk. Die Hilfsarbeiter im Rotationsaal erhalten: 12 Mann je 28 Mk. und einer 28 Mk. Im Flachmaschinenaal ein Arbeiter 26 Mk., 5 je 24 Mk. und ein 2 und 23 Mk. Bogenanfänger erhalten 5 je 24 Mk. — In der Zeitungslegerei ist, wie in Berlin üblich, Arbeit. Da spielt also die persönliche Geschicklichkeit und Geschwindigkeit eine gewisse Rolle. In der Zeit vom 25. bis 30. Mai wurden Löhne ausbezahlt im Betrage von je 38.04 Mk., 43.71 Mk., 46.68 Mk., 48.50 Mk., 51.46 Mk., 52.47 Mk., 53.40 Mk., 55.09 Mk., 56.14 Mk., 58.91 Mk., 56.28 Mk., 56.50 Mk., 57.45 Mk., 58.13 Mk., 58.29 Mk., 58.50 Mk., 59.18 Mk., 59.49 Mk., 59.71 Mk., 60.50 Mk., 60.85 Mk., 61.02 Mk., 63.65 Mk., 64.46 Mk., 69.86 Mk.

Die jetzt von der bürgerlichen Presse mit Schadenfreude kolportierten Angaben stammen von einem Maschinenmeister, der nach 3 1/2 wöchentlicher Tätigkeit entlassen werden mußte, weil er seinen Lohn nicht ausfüllen konnte. Der „Breslauer General-Anzeiger“ — unparteiisch wie er ist — hat von der Nichterfüllung des „Vorwärts“ seine Klage genommen. Arbeiter Breslaus und Schlesiens! Seid ebenso unparteiisch wie der „General-Anzeiger“ und werft ihn aus dem Hause!

**Gegen die „roten Schnapsbrüder“** wendet sich das Zirkular einer zum Seilschaftsführer der „Ordnungspartei“ gewählten Ordnungsmasse, das seiner Willigen Unterstützung wegen verdient, in seinem vollen Wortlaut wiedergegeben zu werden:

**Ein Kampf ums Recht.**

Roman von Karl Emil Franzos.

„Das kann ich nicht! Mein Verstand kann sich in dieser Sache nicht aus, und mein Herz schmerzt. Darum werde ich nicht zu des Meisters Schreibern gehen, sondern zum Nachgeben zwingen.“

„So ist er auch am nächsten Sonntag in der Versammlung der Gewerkschaft unter der Hand. Die Männer können im Übermaß an eine neue Art der Zustimmung oder Ablehnung.“

„Denn nur Simon auf mich warte! Ich bringe den Antrag vor.“

„Aber heute hatte er das Wort, „Ordnung“ auszusprechen, als ein solches Zeichen zu setzen.“

„So ist er auch am nächsten Sonntag in der Versammlung der Gewerkschaft unter der Hand.“

„Denn nur Simon auf mich warte! Ich bringe den Antrag vor.“

„Aber heute hatte er das Wort, „Ordnung“ auszusprechen, als ein solches Zeichen zu setzen.“

„So ist er auch am nächsten Sonntag in der Versammlung der Gewerkschaft unter der Hand.“

„Denn nur Simon auf mich warte! Ich bringe den Antrag vor.“

„Aber heute hatte er das Wort, „Ordnung“ auszusprechen, als ein solches Zeichen zu setzen.“

„So ist er auch am nächsten Sonntag in der Versammlung der Gewerkschaft unter der Hand.“

„Denn nur Simon auf mich warte! Ich bringe den Antrag vor.“

**Die Maschinenfrage** (Fortsetzung) ... (Text continues with details of the factory situation and the author's observations on the workers' conditions and the management's stance.)

**Der Verfasser des Zirkulars** ist, wie aus dem Adreßbuch ersichtlich, Direktor eines landwirtschaftlichen Instituts für geschäftlichen Betrieb und Landwirtschaft. Was das eigentlich ist, vermögen wir im Augenblick nicht festzustellen. Daß man den Herrn J. Kliz zum Leiter der VI. Sektion der Wahlorganisation berufen hat, beweist, daß wir es mit einem in bürgerlichen Kreisen angesehenen Manne zu tun haben. Daß dieser Mann, diese Vertrauensperson des Ordnungsmassens, in seinem Zirkular so allerhöchst aus der Schule plaudert, ist höchst dankenswert. Der Herr Direktor spricht ja nur offen aus, was die Herren Prozentpatrioten überhaupt über die Klasse des Volkes, die Arbeiterklasse denken. Die 42.698 Wähler des Kreises Teltow-Beeslow, die 1898 beim ersten Wahlgang ihre Stimme für Jubel abgegeben haben, sind den Herren Konservativen „rote Schnapsbrüder“.

„Gönnen wir diesem Arbeiterpatrioten seine Illusionen. Die „roten Schnapsbrüder“ werden ihn und seinesgleichen am 16. Juni die richtige Antwort geben!“

**Eine ungelippte Riste als Folierrahmen** empfiehlt der Landrat des Kreises Sorau. Das amtliche „Sorauer Kreisblatt“ vom 28. Mai veröffentlicht eine Bekanntmachung des Landrats über die Ausführung des neuen Wahlreglements. Darin heißt es von dem Folierrahmen: „Es braucht nicht durchaus ein besonderes Nebenglied dazu genommen zu werden, sondern es genügt schon, wenn — und zwar demnach, daß der Wahlstand die Einrichtung vor sich hat und abgesehen kann — ein kleiner Tisch feinstens oder in einem Winkel des Wahllokals hingestellt und davor ein Tischchen oder Stenochium oder eine Kollonade aufgestellt, oder in Rameshöhe an einer Ecke ein Bockstang gezogen wird, jedoch so, daß der Zutritt zum Tische frei bleibt. Oder es ist ohne Anbringung eines Bockstanges auf einem kleinen Tische eine Riste ohne Deckel von etwa einem halben bis ein Meter Höhe angeschlossen zu lassen, daß der Boden derselben dem Wahlstand gegenüber ist und der Wähler, so vor der offenen Riste steht, das Gesicht dem Wahlstand gegenüber, innerhalb des Rahmens der Wahlzettel umschaut in den Wahlumschlag.“

Die Anordnung kann mit Leichtigkeit dazu mißbraucht werden, den Schutz des Wahlgeheimnisses hinfällig zu machen. Die Ausführungen über die „ungelippte Riste“ sind so unbestimmt und nebulös, daß Gelehrte der freien und geheimen Abstammung nahezu dieselbe Kontrolle zu üben vermögen.

Wie wenn die Änderung des Wahlreglements überhaupt nicht erfolgt wäre. Mit Recht sagt dazu die „Doff. Ztg.“: Will die Regierung freie und geheime Wahlen, wie man nach ihrer Änderung des Wahlreglements glauben muß, so muß sie auch dafür sorgen, daß ihre theoretischen Ansichten in die Praxis übertragen werden.

**Ein besprechendes Urteil über die Klassenpatienten** hat ein preussisches Gericht gefällt. Die „Tägliche Rundschau“ meldet:

Ein höherer Beamter hat eine Wohnung in einer hochherrschastlichen Straße in Berlin W. miethweise inne. Ein Sohn des Beamten, der im Hause des Vaters wohnt, beginnt die ärztliche Praxis. Der Vater vertritt mit dem Hausbesitzer, daß dem Sohne in den von dem Vater gemieteten Räumen die Ausübung der ärztlichen Praxis gestattet sein soll. Einige Zeit nach seiner Niederlassung erhält der Arzt eine Klassenarztstelle, und es kommen nun Klassenranke in seine Sprechstunde. Jetzt erhebt der Hausbesitzer dagegen Einspruch, daß Klassenranke die Vordertreppe hinaufgehen. Er verbietet zunächst die Anstufung der lastenartigen Klassenranke in seinem Hause. Später verweist er die Klassenpatienten auf die Benutzung der Hintertreppe. Der Mieter kündigte anstandslos die Wohnung, zahlte die Miete unter Vorbehalt, zog aus und klagte auf Rückzahlung des Mietzinses. Vom Landgericht und vom Kammergericht wurde er mit seiner Klage abgewiesen. In dem Erkenntnis wird nun ausgeführt: „Es müßte angenommen werden, daß ein zu einem hochherrschastlichen Hause gehörender Arzt nur Patienten höherer Stände empfangt. Durch Ausübung der lastenartigen Praxis werde das hochherrschastliche Haus seines bisherigen Charakters entkleidet. Bei der sozialen Stellung des Mieters, eines höheren Beamten, habe der Vermieter nicht voraussetzen können, daß einer seiner Angehörigen eine Klassenarztstellung einnehme.“

**Der Barth'sche Freisinn.** Man muß es den führenden freisinnigen Wadelpfropfern lassen, daß sie in diesem Wahlkampfe, aus welchen Motiven immer, den Liberalismus mit größerer Intelligenz als irgend eine andere bürgerliche Partei zu wahren versuchen.

In Sorau stimmen, wie wir schon erwähnten, die Wähler der Freisinnigen Vereinigung gleich im ersten Gange für den rechtsnationalliberalen Kommerzienrat Bahn. Der 1898er Kandidat der Freisinnigen Vereinigung für Sorau-Tort, Gohsien, äußerte am 3. Juni in einer Versammlung in Wolgast auf eine Interpellation unserer Parteigenossen:

„Ich mißbillige es aufs schärfste, daß die Freisinnigen in Sorau-Tort (Klee) für einen Mann wie Bahn, den ich kenn' im ersten Wahlgange stimmen wollen. Ein wirklich freisinniger Mann kann diesem Herrn seine Stimme nicht geben.“

Auch die „Liberaler Korrespondenz“ hatte schon eine ähnliche Erklärung abgegeben. Aber dies Ärgere und dennoch erfolglose Verhalten der Führer beweist doch nur, daß sie keine Macht über ihre Anhänger haben, deren kapitalistisches Klasseninteresse sie lieber mit Kröcher als mit Barth gehen heißt, selbst wenn sie zur Partei Barths gehören.

**Bei den Frankfurter Kaiserfesten.** In den letzten Tagen wurden nahezu 50 Personen verhaftet, unter denen sich Leute befinden, die in der Trunkenheit Majestätsbeleidigungen ausgeprochen hatten.

**Der Anarchistenkongreß**, welcher während des Pfingstfestes in Aachen in tagte und zahlreich besucht war, hat u. a. beschlossen, in allen größeren Städten Deutschlands Bahnhöfen der Arbeiter revolutionärer Arbeiter zu errichten und behelfs Propaganda ins Werk zu setzen. Die Anarchisten wurden von der Mannheimer Polizei aufs strengste überwacht. Im Laufe des Sommers soll in Oesterreich eine Anarchistenkonferenz tagen.

**Angewiesen.** Der zur Zeit in Berlin ansässige Schriftsteller Franz Schmidt hat den polizeilichen Befehl erhalten, innerhalb 8 Tagen Preußen zu verlassen. Schmidt ist öfter reichlicher Anterton und verhielt unter dem Namen Franz v. Bogras-Schmidt mannigfache Schwindereien. Zuletzt war er bei einem hiesigen Wochenblatt als Redakteur angestellt.

**Verboten.** Aus sittenpolizeilichen Gründen wurde die dreitägige Operette „Das gewisse Etwas“ von Viktor Leon und Leo Stein, Rudolf von Weinberger, die zur Aufführung am Berliner Central-Theater angenommen war, verboten.

„Ich bin als Sohn der Familie im Dorf her, allmählich doch ganz bürgerlich geworden.“ Nach diesem Kampfe war es dem Greise gelungen, den Sieg und die schmerzliche Enttäuschung seines Verlangens zu bewegen und dem Fremdling ebenso warm zu begegnen, wie es ihm selbst war. „Aber heute fremdenhassig schielte nach jener Abweisung wieder schlingend in seinem Abwärtigen.“ Er wendete den Blick ab, wenn er jenen schmerzlichen Blick sah, und sagte er in seinen Worten: „Alle Verträge, den Greis zu verführen, schrieben an den Greis.“ „Das ist ein langer Kampf“, entgegnete er den Fremden, „und ich habe ihn nicht leicht gemacht.“ „Aber wenn dich nicht nur die Worte zu überzeugen, so ist dies nicht nur ein Kampf.“ „Das ist ein Kampf.“ „Ich kann es nicht ändern, aber ich werde mich um Sie bemühen.“

„Das ist ein Kampf.“ „Ich kann es nicht ändern, aber ich werde mich um Sie bemühen.“ „Das ist ein Kampf.“ „Ich kann es nicht ändern, aber ich werde mich um Sie bemühen.“

„Das ist ein Kampf.“ „Ich kann es nicht ändern, aber ich werde mich um Sie bemühen.“ „Das ist ein Kampf.“ „Ich kann es nicht ändern, aber ich werde mich um Sie bemühen.“

„Das ist ein Kampf.“ „Ich kann es nicht ändern, aber ich werde mich um Sie bemühen.“ „Das ist ein Kampf.“ „Ich kann es nicht ändern, aber ich werde mich um Sie bemühen.“

„Du wirst die Wahl annehmen. So will ich Dir nur noch das Eine sagen: glaube nicht, daß es unter uns Menschen anders angeht als unter den Tieren. Der Stachel will immer den Schwächeren fressen, der Böse den Guten; es kommt nur darauf an, ob er es kann! Wer sich nicht wehrt, ist verloren! ... Aber — Du verzeihst mich doch nicht, Du glaubst mir nicht! So will ich mich mit dem begnügen, was Du verstehen und mir verzeihen kannst. Halte fest an unseren Rechten, wage sie gegen den Dränger nicht, daß uns freien Männern ein Joch auf den Nacken gelegt wird. Beschreibe mir, nicht friedfertig zu bleiben, wo es gilt, das Recht zu erstreiten!“

„Er erhob mühsam die Hand; Loras umfingte sie mit seiner Rechten.“

„So ist es gut“, seufzte der Sterbende. „Dein Wort wird Du halten!“

„Weinend trugen sie den Toten in sein Haus. Auf seinem Antlitz lag der Ausdruck mühsiger Anstrengung. Und wahrlich! im ruhigen Glauben ist er gestorben! Denn nie ist ein Versprechen ethischer eingehalten worden als jenes, welches er in seinem letzten Stande erhalten ...“

IV. „Es war wieder Frühling geworden in den Bergen. Wohl blühte noch am den Gipfeln der weiße Schnee im Strahle der Aprilsonne, aber in den Gärten von Sulzow blühten schon die ersten Blumen; auch im großen Garten der Lotos am Abhang gegenüber dem See, wo sie den alten Richter zur Ruhe gebietet. Sein Grab war wohlgepflegt und mit einem schönen Stankreuz geziert, wie es Loras angeordnet, der neue Richter. Denn das Grab, des Loras Sohn, hatte sich nicht darum bekümmert; er verdammt immer mehr, und wenn ihm Anwesen gleichwohl in ledlicher Ordnung blieb, so dachte er dies einzig seinen Verwandten, der Familie und ihren Gatten. Loras hatte auch diese Sorgen auf sich geladen, obwohl ihm sein Leben ohnedies nicht leicht wurde. Denn immer klarer ward seine Erkenntnis, welche bitteres Amt es war, Richter von Sulzow zu sein, während als Vertreter des Grafen Wenzel Japel auf dem Schlosse lag und gebot. Oft, sehr oft mußte er der Worte des Sterbenden gedenken ...“

Der Richter hatte die Kunde von der Wahl des Loras nicht annehmen können; dieser hatte Podolier, der immer zum Nachgeben geneigt, schon über der ersten Mann für seine Pläne. Darum ward er doppelt erbittert als er seinen Jertum einsah. Denn er dachte an die „ethische Intention“ wie ein beständiges Wort oder gar ein Programm der jeder unerschütterlichen Fortsetzung setzte auch er entgegen, welches um so wirksamer zu sein vermochte, als es von dem Richter selbst ausgesprochen und begründet war.

Reichstags-Wahlkampf

Dem Hofprediger a. D. Glöckler ist vom Presbyterium der evangelischen Gemeinde in Neunkirchen im Kreis Siegen bis zum Wahltag die Kanzel verweigert worden. Nach der „Rhein. Zig.“ hatte Glöckler bei seiner jüngsten Agitationsreise in verschiedenen Ortsteilen Gottesdienst abgehalten und gleich nachher im Wirtshaus seine jactam bekannten, erbitterten Wahlreden vom Stapel gelassen. So beabsichtigte er auch, bei seiner bevorstehenden zweiten Reise am 13. d. M. in Neunkirchen, Kreis Siegen, eine Wahlrede zu halten und am folgenden Tage dort in der Kirche zu predigen. Der zuständige Pfarrer hatte bereits seine Genehmigung dazu gegeben. Nachdem sich aber unter den protestantischen Bürgern im ganzen Wahlkreis ein großer Unwille über dieses Vorgehen erhoben hatte, beschloß das Presbyterium der Gemeinde, Herrn Glöckler bis zum Wahltag die Kanzel zu verweigern. Der „Gottesmann“ hat sich aber durch diese scharfe Zurückweisung keineswegs abschrecken lassen und er hat eine andere Gemeinde, Dreieichenbach im Kreis Hiedenkopf, gefunden, in deren Kirche er bereits am Sonntag, den 7. Juni, predigen will. Immer der Alte.

Kämpfer Freimüthige! Aus Mainz, 4. Juni, meldet die „Frankf. Zig.“: Die deutsch-freimüthige Partei hat gestern Abend in einer zahlreich besuchten Versammlung einstimmig beschlossen, bei der Reichstagswahl mit allen Kräften für den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei Dr. David einzutreten.

Engen, wie wird Dir? Die Demokraten von Mainz haben bekanntlich schon vor einigen Tagen den gleichen Schritt getan. Allen Mitgliedern zum Troste sei noch mitgeteilt, daß dies der einzige Fall in Deutschland ist.

Eine Wahlversammlung im Donaubett. Am ersten Pfingstfeiertag sollte in dem niederbayerischen Dorf Mählsheim eine sozialdemokratische Wahlversammlung abgehalten werden, und zu diesem Zwecke begab sich einige Tage vorher unsere Genossen dorthin, um einen Saal zu mieten. Das gelang auch. Nachträglich bekam es aber der Wein mit der Angst zu tun und teilte unseren Genossen mit, daß er sein Lokal nicht hergeben könne. Diese ließen sich aber nicht abschrecken und rühten am Pfingsttage an. Da der Saal nicht jedoch handhabe auf seiner Saalobergrenzung beharrte, beschloß man die Versammlung im Freien abzuhalten. Da hatte man jedoch wieder die Rechnung ohne den Wirt gemacht, denn dieser verbot das Betreten des Gemeindegeländes. Ein junger Parteigenosse wußte aber auch jetzt noch einen Ausweg: Er zitt auf das nahegelegene und etwas ausgetrocknete Bett der vorbeischießenden Donau, das Eigentum des Staates ist. Auf diesen Staatsgrund begab sich nun der Referent, Genosse Raith aus München, und hielt eine Rede, die das ihm die hohe Dorfbrigade daran hindern konnte, eine zweifelhafte Rede. Am Donau-Ufer aber hatte sich eine ungeheure zahlreichere Zahl Parteigenossen eingefunden, die Raiths Rede mit lebhaftem Beifall aufnahmen.

Im Wahlkreis Frankfurt a. O. hat der bisherige freiconservative Abgeordnete Paale seine Kandidatur für die Reichstagswahlen zu Gunsten des konservativen Kandidaten Feilisch zurückgegeben.

Seitens von der Wahlbewegung. Es war in einem Dorf an der württembergischen Grenze. Der Kandidat, ein angesehener höherer Beamter, hatte eben seine Wahlrede mit den einwandfreien Worten: „Das wolle Gott!“ beendet, als ein hiesiger Pöbel, das atomlos dem Parteivorsitzmann zugehört hatte, seinen Nachbarn anrief und sagte: „Du, den wähle mer, der hot no Religion im Ranzel!“

Aus dem Würzburger Wahlkreis. Am Mittwoch Abend fand in Würzburg eine öffentliche Wählerversammlung statt, die sich eines außerordentlich starken Besuchs zu erfreuen hatte; wohl 1500-1500 Personen waren anwesend, darunter Hunderte aus bürgerlichen Kreisen. Das Referat des Genossen von Hellmar wurde mit größter Aufmerksamkeit und lebhaftem Beifall entgegengenommen, ebenso die Ausführungen unseres Kandidaten Franz Schmitt. Wir können mit dem Verlauf der Versammlung zufrieden sein.

Gegen Bassermann haben jetzt die Bündler in Karlsruhe den Agitator Peter Hofmann aufgestellt. Die „Kölnische Zeitung“ in darüber sehr traurig. Sie jammert: Es mag dieses Vorgehen der extremen Agrarier gegen Bassermann, dessen Agrarreformpolitik doch sicherlich nicht bestritten werden kann, umso mehr gebührend beachtet werden, als die Kandidatur Hofmanns völlig aussichtslos ist und einzig nur den Zweck verfolgt, die Ansichten des nationalliberalen Kandidaten zu vermindern. Es läßt sich nicht leugnen, daß das Ansehen des bündlerischen Führers, dessen Agitation der eines sozialdemokratischen Volkskämpfers nur allzu sehr ähnelt, lediglich dazu führt, die Wähler gegen Bassermann aufzuheizen und einen Sieg desselben im ersten Wahlgang oder selbst bei der Stichwahl zu erschweren. — Es ist lästig mit anzusehen, wie die Nationalliberalen nun so geiziglich verfahren haben. Auch ihr schädlich-würdiger Volksversatz vom letzten Dezember hat ihnen nichts genutzt.

Insland.

Die Unruhen in Kroatien. Während der Pfingstfeiertage ist es in Agram zu heftigen Szenen gekommen; Gruppen von Studenten und jugendlichen Leuten durchzogen die Stadt und bewohnten die Fenster verschiedener öffentlicher Gebäude. So wurden im Palais der Betriebsleitung der Staatsbahnen, in ungarischen Kasinos, in der Redaktion der „Agrarier Zeitung“ und in den Wohnungen verschiedener höherer Beamten fast alle Fensterscheiben eingeschlagen. Infolge dieser Vorgänge wurde die ganze Garnison aufgezogen, die Straßenpatrouillen wurden militärisch besetzt, und starke Patrouillen durchzogen die Straßen der Stadt und deren Umgebung. Am Abend wiederholten sich trotzdem die Anschläge, Laternen wurden eingeschlagen und das Militär mit Steinen beworfen. Der kommandierende Offizier soll mit dem Bajonettschwert gedroht haben, doch kam es glücklicherweise nicht zu einer Katastrophe. Schließlich wurde die Ruhe wiederhergestellt, namentlich dadurch, daß um 9 Uhr sämtliche öffentlichen Lokale gesperrt wurden. Drei Personen erlitten schwere Verletzungen, darunter ein südböhmischer Wachmann. Im Laufe des Tages wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen, darunter befindet sich die Schriftstellerin Mariamne Jurica. Die Garnison ist verstreut worden.

Der erste Kongreß der französischen Landarbeiter wird im Juli in der Arbeitsbehörde zu Paris stattfinden. Zur Teilnahme sind alle land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter eingeladen, einige verkörperte Organisationen von Land- und Forstarbeitern gibt es in Frankreich bereits. Es soll nun eine größere Agitation zur Bildung eines Verbandes einleiten werden.

Der Fortschritt der Sozialdemokratie in Japan macht sich deutlich bemerkbar an der zunehmenden Literatur über die sozialistischen Probleme. So ist kürzlich von Kitagawa, dem Redakteur des japanischen „Sozialist“, ein Buch über Municipalsozialismus herausgegeben. Ein anderer Redakteur des genannten Blattes veröffentlichte ein Buch, betitelt: „Der Druck des Reichstums.“ Auch ist eine Reihe Uebersetzungen aus der deutschen sozialistischen Literatur erschienen. Ferner hat der Professor Maruyama ein Buch über die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie veröffentlicht. Wie der „Sozialist“ weiter mitteilt, drängen sich alle größeren Tageszeitungen und wissenschaftlichen Revuen, Artikelserien über den Sozialismus zu veröffentlichen.

Die Arbeiterbewegung wurde nach wie vor in Deutschland durch den Reichstagswahlkampf in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt.

Die Arbeiterbewegung wurde nach wie vor in Deutschland durch den Reichstagswahlkampf in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt.

Arbeiterbewegung.

Die Klempner in Königsberg i. Pr. befinden sich in einer Lohnbewegung. Sie fordern einen Stundenlohn von 25 Pf. für Junggefelln und 42 Pf. für die älteren Gesellen. Da die Meister diese Forderungen nicht bewilligen wollen, so haben die Arbeiter gekündigt. Der Klempnerstreik in Bremen. Die Klempner haben auf neue den Streik beschloffen, weil ihre Arbeitsgeber die Einigungsbedingungen nicht umschieden, indem sie einen Teil der Streitenden nicht wieder einstellten. Wenn keine Einigung erzielt wird, so ist eine neue Aussperrung der Bauarbeiter für Ende dieser Woche zu erwarten.

400 Porzellanarbeiter ausgesperrt! In der Porzellanfabrik von Sonntag u. Söhne in Lettau (Oberhessen) wollten die Unternehmer den Malern eine Erhöhung der Farbpreise um 25 bis 100 Prozent aufzwingen, was einer sehr bedeutenden Lohnreduktion gleichkäme. Die Maler ließen sich auf dieses Anbringen nicht ein und die übrigen Porzellanarbeiter erklärten sich mit ihnen solidarisch, worauf sämtliche Arbeiter (circa 400) entlassen wurden. Die Aussperrung in Heseloh dauert unverändert fort. Die Fabrikanten lassen es sich in der Herbeischaffung von Arbeitswilligen schon etwas kosten, aber fast alles schlägt fehl. Man beschneidet sogar nach allen Richtungen, der Streik sei beendet. In fast sämtlichen Herbergen zur Heimat hat man gefüllte Plakate aufgehängt, worauf hier und da noch einer hereinkommt. Am Pfingstmontag hielten die Aussperrten wieder eine vom besten Geist besetzte Versammlung ab, welche sich für energische Weiterführung des Arbeitern aufgewungenen Kampfes aussprach.

35.000 Weber aus Dporto sind in den Streik getreten.

6. General-Versammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Berlin, den 5. Juni 1903. In der heutigen Sitzung wurde zunächst über den Antrag des Verbandsvorsitzenden Schlichte abgestimmt. Unter Erhaltung der Beiträge auf 50 bzw. 25 Pf. ist die Arbeitslosenunterstützung zu einer Gewerkschaftenunterstützung auszuwandeln. Die Beiträge für diese ist auf mindestens 13 Wochen zu erhöhen, event. auch eine weitere Jahresklasse anzufügen. Für den Antrag stimmten 83, dagegen 70 Delegierte; die statutarisch vorgeschriebene Zweidrittel-Mehrheit war also nicht vorhanden, der Antrag gilt als abgelehnt. Dagegen wurde in namentlicher Abstimmung mit 143 gegen 8 Stimmen die Erhöhung des Beitrags für männliche Mitglieder auf 40, für weibliche auf 15 Pf. beschlossen. Alle übrigen Anträge, die sich auf die Erweiterung des Unterstützungswesens beziehen, wurden der Statutenberathungskommission überwiesen.

Es folgte Punkt IV der Tagesordnung: „Tarifverträge und Tarifgemeinsamkeiten“. Der Referent, Verbandssekretär Reichel-Schwartz, ging von der Erwägung aus, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen der deutschen Metallarbeiter entschieden einer Besserung und Regelung bedürfen, daß dies aber durch die selber geübte Methode der einzelnen Verhältnisse nicht vollkommen und dauernd erreicht wird. Aus diesen Gründen liegt der Abschluß von Tarifgemeinschaften und korporativen Arbeitsverträgen mit den Unternehmern im Interesse der Mitglieder sowie aller übrigen Metallarbeiter. Korporative Arbeitsverträge seien ein wesentliches Mittel zur planmäßigen, einheitlichen Förderung der Interessen der Metallarbeiter; sie setzen jedoch starke Gewerkschaftsorganisationen voraus. Deshalb habe der Verband mannschaftlich für seine Ausbreitung und seine finanzielle Stärkung zu sorgen. Zur Einleitung der Agitation für die Tarifgemeinschaften empfahle es sich schon jetzt, bei etwaigen Lohnbewegungen an den Abschluß bindender tariflicher Verträge hinzuwirken. Der Verbandsvorsitzende solle verpflichtet werden, für die Förderung der auf den Abschluß korporativer Arbeitsverträge gerichteten Bestrebungen einzutreten und die erforderlichen Vorarbeiten nach Maßgabe der Durchführbarkeit in der Wege zu leiten. Redner beantragte eine im Sinne seines Referats gehaltene Resolution. Diese Resolution gelangte nach kurzer Debatte, in der sich Müller-Ferloben für die Befestigung der Zeitdauer eines Tarifvertrages und Probit-Weisung für möglichst kurz bemessene Kündigungsfrist ansprach, einstimmig zur Annahme. Weiter wurde der Vorstand beauftragt, ein Flugblatt über die Tarifgemeinschaften anzufertigen. Der Antrag Erlaubt auf Ausarbeitung einer Tarifgemeinschaft für Feilenhauer wurde dem Vorstand zur Verächtlichung überwiesen.

Hierauf referierte Cohen-Berlin kurz über den letzten Gewerkschaftskongreß und beantragte die Annahme einer Resolution, die die Haltung der Delegierten anzeigt.

Die Debatte wurde auf die Nachmittagsitzung vertagt. In der Nachmittagsitzung wurde zunächst über die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses die Debatte eröffnet. Von allen Rednern wurde die Stellungnahme des Kongresses zur Frage „Das Verhältnis der Berufsorganisationen zu den Industrieverbänden“ einer Kritik unterzogen. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die kleinen Berufsorganisationen gezwungen werden möchten, sich zu Gunsten des großen Metallarbeiter-Verbandes aufzulösen — ein Verlangen, dem der Kongreß bekanntlich keine Folge gegeben hat. Die General-Versammlung billigte das Verhalten ihrer Delegierten zum Gewerkschaftskongreß.

Der nächste Punkt der Tagesordnung bildete die Beratung der vom Vorstande angeordneten Vorlage über die Versicherung der Verbandsbeamten gegen die Schäden des Alters, der Invalidität usw. Nach dieser Vorlage soll im Anschluß an den Verband ein Unterstützungsvorstand der Beamten und Arbeiter des deutschen Metallarbeiterverbandes mit dem Sitz in Stuttgart gebildet werden, dessen Aufgabe es ist, die im Verband gegen Gehalt oder Lohn dauernd angestellten Beamten im Alter, bei Invalidität oder im Falle ihres Todes deren Familien zu unterstützen. Die Beiträge richten sich nach der Höhe des Gehalts, die Beamten haben 2 Prozent ihres Gehalts zu zahlen, der Verband zahlt 3 Prozent zu. Im Gegensatz zu dieser, von Schlichte begründeten Vorlage, empfahl Robert Schmidt-Berlin den Anschluß an die Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung Angestellten. In gleichem Sinne sprachen Deisinger-Hamburg, Disman-Barmen und Hans-Solingen, während Freisinger-München und Handtke-Berlin ein Bedürfnis an Versicherung der Beamten überhaupt in Abrede stellten. Prinzipiell ist bereits in Nürnberg vor 2 Jahren die Notwendigkeit der Versicherung anerkannt, trotzdem lehnte die General-Versammlung sowohl die Vorlage des Vorstandes, als auch Anträge, wonach die Beamten der von Schmidt-Berlin angeregten Unterstützungsvereinigung beitreten und der Verband die Hälfte des Beitrags zahlen sollte, ab.

Hierauf nahm die Generalversammlung auf Vorschlag der Kommission folgende Resolution zur Kenntnis: „In allen Betrieben, wo 1/2 der dortselbst beschäftigten Arbeiter überbetriebliche Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind, ist die Höhe des Beitrags zu erhöhen.“

Die Debatte wurde auf die Nachmittagsitzung vertagt. In der Nachmittagsitzung wurde zunächst über die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses die Debatte eröffnet. Von allen Rednern wurde die Stellungnahme des Kongresses zur Frage „Das Verhältnis der Berufsorganisationen zu den Industrieverbänden“ einer Kritik unterzogen. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die kleinen Berufsorganisationen gezwungen werden möchten, sich zu Gunsten des großen Metallarbeiter-Verbandes aufzulösen — ein Verlangen, dem der Kongreß bekanntlich keine Folge gegeben hat. Die General-Versammlung billigte das Verhalten ihrer Delegierten zum Gewerkschaftskongreß.

Der nächste Punkt der Tagesordnung bildete die Beratung der vom Vorstande angeordneten Vorlage über die Versicherung der Verbandsbeamten gegen die Schäden des Alters, der Invalidität usw. Nach dieser Vorlage soll im Anschluß an den Verband ein Unterstützungsvorstand der Beamten und Arbeiter des deutschen Metallarbeiterverbandes mit dem Sitz in Stuttgart gebildet werden, dessen Aufgabe es ist, die im Verband gegen Gehalt oder Lohn dauernd angestellten Beamten im Alter, bei Invalidität oder im Falle ihres Todes deren Familien zu unterstützen. Die Beiträge richten sich nach der Höhe des Gehalts, die Beamten haben 2 Prozent ihres Gehalts zu zahlen, der Verband zahlt 3 Prozent zu. Im Gegensatz zu dieser, von Schlichte begründeten Vorlage, empfahl Robert Schmidt-Berlin den Anschluß an die Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung Angestellten. In gleichem Sinne sprachen Deisinger-Hamburg, Disman-Barmen und Hans-Solingen, während Freisinger-München und Handtke-Berlin ein Bedürfnis an Versicherung der Beamten überhaupt in Abrede stellten. Prinzipiell ist bereits in Nürnberg vor 2 Jahren die Notwendigkeit der Versicherung anerkannt, trotzdem lehnte die General-Versammlung sowohl die Vorlage des Vorstandes, als auch Anträge, wonach die Beamten der von Schmidt-Berlin angeregten Unterstützungsvereinigung beitreten und der Verband die Hälfte des Beitrags zahlen sollte, ab.

Hierauf nahm die Generalversammlung auf Vorschlag der Kommission folgende Resolution zur Kenntnis: „In allen Betrieben, wo 1/2 der dortselbst beschäftigten Arbeiter überbetriebliche Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind, ist die Höhe des Beitrags zu erhöhen.“

Hierauf nahm die Generalversammlung auf Vorschlag der Kommission folgende Resolution zur Kenntnis: „In allen Betrieben, wo 1/2 der dortselbst beschäftigten Arbeiter überbetriebliche Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind, ist die Höhe des Beitrags zu erhöhen.“

finden 5. Absatz 1 des Statuts... die Arbeiterbewegung wurde nach wie vor in Deutschland durch den Reichstagswahlkampf in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt.

Die Arbeiterbewegung wurde nach wie vor in Deutschland durch den Reichstagswahlkampf in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt.

Die Arbeiterbewegung wurde nach wie vor in Deutschland durch den Reichstagswahlkampf in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt.

Arbeiterbewegung.

Die Arbeiterbewegung wurde nach wie vor in Deutschland durch den Reichstagswahlkampf in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt.

Die Arbeiterbewegung wurde nach wie vor in Deutschland durch den Reichstagswahlkampf in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt.

Die Arbeiterbewegung wurde nach wie vor in Deutschland durch den Reichstagswahlkampf in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt.

Die Arbeiterbewegung wurde nach wie vor in Deutschland durch den Reichstagswahlkampf in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt.

Die Arbeiterbewegung wurde nach wie vor in Deutschland durch den Reichstagswahlkampf in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt.

Die Arbeiterbewegung wurde nach wie vor in Deutschland durch den Reichstagswahlkampf in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt.

Die Arbeiterbewegung wurde nach wie vor in Deutschland durch den Reichstagswahlkampf in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt.

Die Arbeiterbewegung wurde nach wie vor in Deutschland durch den Reichstagswahlkampf in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt.

Die Arbeiterbewegung wurde nach wie vor in Deutschland durch den Reichstagswahlkampf in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt.

Die Arbeiterbewegung wurde nach wie vor in Deutschland durch den Reichstagswahlkampf in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt.

Die Arbeiterbewegung wurde nach wie vor in Deutschland durch den Reichstagswahlkampf in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt.

Die Arbeiterbewegung wurde nach wie vor in Deutschland durch den Reichstagswahlkampf in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt.

Die Arbeiterbewegung wurde nach wie vor in Deutschland durch den Reichstagswahlkampf in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt.

Die Arbeiterbewegung wurde nach wie vor in Deutschland durch den Reichstagswahlkampf in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt.

Die Arbeiterbewegung wurde nach wie vor in Deutschland durch den Reichstagswahlkampf in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt.

Die Arbeiterbewegung wurde nach wie vor in Deutschland durch den Reichstagswahlkampf in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt. Der Reichstagswahlkampf in Deutschland wird durch den Reichstagswahlkampf in Deutschland in den Vordergrund gedrückt.

# Warenhaus Gebr. Barasch.



Von  
Dienstag, d. 9. Juli  
ab  
befinden sich unsere  
Verkaufsräume  
Ring 52